

A. Allgemeine Bestimmungen:

I..

Bei den Geschäften, die nach Buchstaben verteilt werden, ist jeweils der Anfangsbuchstabe des im Alphabet vorangehenden Beklagten, Antragsgegners usw. maßgebend. Bei Klagen gem. § 767 ZPO ist, soweit beim Amtsgericht Schwelm das Vorverfahren rechtshängig geworden ist, die Abteilung zuständig, die dieses Verfahren rechtskräftig abgeschlossen hat.

In Strafsachen richtet sich die Zuständigkeit nach dem Anfangsbuchstaben des Familiennamens des Erstangeklagten.

In Familiensachen richtet sich die Zuständigkeit für die ab dem 1.1. 2003 eingehenden Sachen – auch für Klagen aus § 767 ZPO – nach dem (früheren) Familiennamen/Ehenamen (§1355 BGB), hilfsweise dem Namen gemeinschaftlicher oder am Verfahren beteiligter Kinder (§§1616 ff BGB), äußerst hilfsweise dem im Alphabet vorangehenden Namen.

Bei Haftpflichtklagen bleibt der nach dem Pflichtversicherungsgesetz mitverklagte Versicherer außer Betracht.

Legen im Mahnverfahren mehrere Gesamtschuldner gegen den Mahnbescheid Widerspruch oder gegen den Vollstreckungsbescheid Einspruch ein, so bestimmt sich die Zuständigkeit der Zivilprozeßabteilung nach dem Schuldner, dessen Anfangsbuchstabe im Alphabet vorangeht.

Im einzelnen gilt folgendes:

- a) Bei natürlichen Personen ist von dem Anfangsbuchstaben des Familiennamens, bei Doppelnamen von dem Anfangsbuchstaben des ersten Namens auszugehen, und zwar ohne Berücksichtigung von Adelsprädikaten, Zusätzen und Titeln (z.B. von der Lippe, Graf von Weimar, Schulte-Nordhoff).
- b) Bei Gebietskörperschaften und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts oder deren Organen ist der Anfangsbuchstabe der in der offiziellen Bezeichnung enthaltenen Orts- oder Gebietsbezeichnung maßgebend, anderenfalls der Anfangsbuchstabe des ersten Wortes der offiziellen Bezeichnung der Körperschaft (z.B. Stadt Schwelm, Bundesrepublik Deutschland, Ennepo-Ruhr-Kreis, Deutsche Bundesbahn).
- c) Bei Firmen und juristischen Personen ist, sofern in der Bezeichnung ein ausgeschriebener Familienname enthalten ist, der Anfangsbuchstabe dieses Namens maßgebend, im übrigen der Anfangsbuchstabe der sonstigen Unterscheidungsbezeichnungen.

Bei Klagen gegen Parteien kraft Amtes (Insolvenzverwalter pp.) ist der Name des Vertretenen (Gemeinschuldners pp.), bei Klagen gegen Testamentsvollstrecker der des Erblassers maßgebend

Als „Mietsachen“ gelten alle Ansprüche aus Nutzungsverhältnissen betr. Räume und Grundstücksflächen.

Rechtshilfesachen (außer Abteilung 38, 68 und 69 AR) werden von der Abteilung bearbeitet, die zuständig wäre, wenn das Ursprungsverfahren hier eingegangen wäre, hilfsweise der für den Namen des Antragsstellers (Klägers) des Ursprungsverfahrens zuständigen Zivilabteilung.

II.

Zivilsachen (Vorschaltliste)

Der Verteilung der richterlichen Geschäfte in Zivilprozesssachen (C-Sachen mit Ausnahme von WEG – und Miet- und Pachtsachen) sowie den Mietsachen liegen ab dem 01.01.2017 jeweils eine Vorschaltliste zugrunde, die auf der periodischen Wiederkehr der Zahlenfolge beruht und in der alle Neueingänge erfasst werden. Sie beginnt mit der Nummer 1 und läuft bis zur Nummer 100. Die richterliche Zuständigkeit in Zivilprozesssachen (C-Sachen mit Ausnahme von WEG – und Miet – und Pachtsachen) sowie in Mietsachen richtet sich nach der laufenden Nummer, unter der die Sache in der jeweiligen Vorschaltliste eingetragen ist. Für die Zeit ab 01.01.2017 liegen der Verteilung der richterlichen Geschäfte die aus der Anlage zu diesem Beschluss ersichtlichen Vorschaltlisten zugrunde.

Im Einzelnen gilt hinsichtlich der Neueingänge folgendes:

1. Alle Neueingänge eines Tages werden zunächst gesammelt. Dazu gehören auch die im Nachtbriefkasten vorgefundenen und schon am Vortag eingegangenen Sachen. Am darauffolgenden Werktag werden diese Neueingänge – einschließlich etwaiger sonstiger an den Vortagen eingegangener, aber noch nicht eingetragener Sachen -, in alphabetischer Reihenfolge geordnet. Dabei ist zunächst auf den Anfangsbuchstaben des Namens des erstgenannten Beklagten abzustellen, bei gleichen Anfangsbuchstaben auf den zweiten oder dritten Buchstaben des Namens usw. Bei gleichen Namen ist auf den Anfangsbuchstaben usw. des Vornamens des Beklagten abzustellen, bei gleichen Vornamen oder gleichen Firmennamen auf den Familiennamen bzw. Firmennamen des Klägers, hilfsweise auf dessen Vornamen. Im Übrigen gelten die Regeln unter Ziffer 1a) bis c) entsprechend.
2. In dieser Reihenfolge werden die Neueingänge sodann in die Vorschaltliste eingetragen. Liegen mehrere Eingänge zwischen denselben oder völlig gleich lautenden Parteien vor, wird eine der Sachen unter der bereitesten Nummer der Vorschaltliste eingetragen, die weiteren Sachen unter den nächsten Nummern, die demselben Dezernat zugeordnet sind. Bei den weiteren Eintragungen werden diese Nummern sodann einmal übersprungen.
3. Einstweilige Verfügungs- und Arrestsachen sowie Sachen, bei denen wegen der Dringlichkeit die sofortige Zustellung beantragt ist, werden sofort nach Eingang unter der ersten freien Nummer der Vorschaltliste eingetragen. Bei mehreren gleichzeitigen Eingängen dieser Art richtet sich die Reihenfolge der Eintragungen -wie oben- nach dem Alphabet. Wenn in derselben Sache gleichzeitig eine Klage und ein Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung oder eines Arrestes eingehen, so ist zuerst dieser Antrag in das Eingangsregister unter der bereitesten Nummer der Vorschaltliste einzutragen, die Hauptsache sodann - wie in Ziffer 1 geregelt- unter der nächsten Nummer, die demselben Dezernat zugeordnet ist. Bei den weiteren Eintragungen werden diese Nummern sodann einmal übersprungen.
4. Für abgetrennte Verfahren bleibt das Dezernat zuständig, in dem die Abtrennung angeordnet wurde. Eine Eintragung in die Vorschaltliste unterbleibt. Die laufende Nummer des neuen Aktenzeichens ist jedoch in Abstimmung mit der Vorschaltliste zu vergeben, damit dieses Aktenzeichen durch die Vorschaltliste nicht nochmals vergeben wird.
5. Weggelegte und wieder auflebende Sachen bleiben – ohne Eintragung in die Vorschaltliste – in der Abteilung, in der sie weggelegt wurden. Besteht die Abteilung nicht mehr, wird das Verfahren über die Vorschaltliste neu zugeteilt.

6. Die Regelung zu Ziffer 5. gilt auch für zurückverwiesene Verfahren oder abgelehnte Verfahrensübernahmen durch andere Gerichte.

7. Wird bei der Führung der Vorschaltliste die vorgesehene Reihenfolge versehentlich nicht eingehalten, so gilt unbeschadet dessen die sich aus der Eintragung ergebende Zuständigkeit.

III.

Wird in Strafsachen nach Verfahrenseröffnung, in Zivil- und Familiensachen nach Beginn der ersten mündlichen Verhandlung oder nach der Anordnung einer Maßnahme gemäß § 358 a ZPO im schriftlichen Verfahren festgestellt, daß die Partei oder der Verfahrensbeteiligte, auf deren Namen oder Bezeichnungen es ankommt, falsch bezeichnet wurde, oder fällt diese oder dieser nach diesem Zeitpunkt weg, bleibt die Sache in der Abteilung anhängig, in der sie eingetragen ist. Dies gilt in Strafsachen auch, wenn vor Eröffnung des Hauptverfahrens das Verfahren gegen einen von mehreren Angeschuldigten, auf dessen Namen es ankommt, eingestellt wird.

IV.

Ist ein Richter infolge Urlaubs, sonstiger Abwesenheit, Ausschließung, Ablehnung oder Selbstablehnung verhindert, so tritt an dessen Stelle der in nachfolgender Geschäftsverteilung namentlich aufgeführte Vertreter, im Falle dessen Verhinderung der weitere Vertreter, hilfsweise der jeweils verfügbare dienstjüngste Richter.

Für die Erledigung unaufschiebbarer Amtshandlungen ist bei Abwesenheit oder Verhinderung des gemäß Teil B dieses Geschäftsverteilungsplanes sowie Absatz 1 zuständigen Richters an den Wochentagen derjenige Richter zuständig, der am vorausgegangenen Sonntag den Eildienst wahrzunehmen hatte (Bereitschaftsdienst), es sei denn, dass für einen oder mehrere Tage der entsprechenden Woche (z.B. für Feiertage) ein Sondereildienst eingerichtet ist oder sich aus Teil B dieses Geschäftsverteilungsplanes eine Zuständigkeit ergibt.

V.

Eildienst

An dienstfreien Werktagen, Sonnabenden sowie Sonn – und Feiertagen ist bei dem Amtsgericht Schwelm ein Eildienst in der Zeit von 6:00 Uhr bis 21:00 Uhr eingerichtet.

An Werktagen ist darüber hinaus ein Eildienst in der Zeit von 6:00 Uhr bis 8:00 Uhr und von 16:00 Uhr bis 21:00 Uhr eingerichtet. An Werktagen wird der Eildienst jeweils Mittwochs um 16:00 Uhr von dem Richter angetreten, der am darauffolgenden Wochenende den richterlichen Eildienst wahrzunehmen hat und endet am darauffolgenden Mittwoch um 8:00 Uhr. Der Eildienst wird von allen Richtern – wie aus der Anlage ersichtlich - im Wege der Rufbereitschaft wahrgenommen.

VI.

Bei einer nach § 354 Abs. II, 1. Halbsatz StPO erfolgten Zurückweisung an eine andere Abteilung oder einen anderen Strafrichter oder Jugendrichter fällt die Sache an den planmäßigen Vertreter desjenigen Strafrichters oder Jugendrichters, dessen Entscheidung aufgehoben worden ist, soweit in der folgenden Geschäftsverteilung keine andere Regelung getroffen ist.

Für eine etwaige Zurückverweisung an ein anderes Schöffengericht oder Jugendschöffengericht beim Amtsgericht Schwelm kann eine Regelung nicht getroffen werden, da nur ein Schöffengericht bzw. Jugendschöffengericht beim Amtsgericht Schwelm besteht. Für Entscheidungen in Wiederaufnahmeverfahren in Strafsachen und gegen gerichtliche Bußgeldentscheidungen gem. §§ 140 a GVG, 85 Abs. 1 OWiG, 367 Abs. 1 StPO ist das Gericht zuständig, das jährlich durch Beschluß des Präsidiums des Oberlandesgerichts Hamm bestimmt wird.

VII.

Für die Bearbeitung einer Sache, die dem Amtsgericht nach § 462 Abs. II Satz 2 StPO übertragen wird, ist der Richter zuständig, dem die Bearbeitung der Sachen des gleichen Aktenzeichens zustehen würde.

VIII.

Beim Übergang in ein anderes Verfahren (z.B. § 81 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten) bleibt der Richter zuständig, der bei Beginn des ersten Verfahrens zuständig war.

IX.

Bei Meinungsverschiedenheiten in der Auslegung der Geschäftsverteilung entscheidet das Präsidium.

B. Es bearbeiten:

1. Direktorin des Amtsgerichts Clouth – Gräfin von Spee

- a) Verwaltungssachen,
- b) alle Sachen, die in der Geschäftsverteilung nicht besonders aufgeführt sind
- c) Verteilungsverfahren (J), Zwangsversteigerungen von unbeweglichen Gegenständen (K), Zwangsverwaltungen von unbeweglichen Gegenständen (L),
- d) Entscheidungen nach § 27 Abs. 3 StPO und § 45 Abs. 2 ZPO
- e) Registersachen
- f) Kirchnaustritte
- g) Familiensachen nach § 111 FamFG mit den Buchstaben A – E, sowie dem Buchstaben F (Eingänge bis 31.12.2010) – mit Ausnahme der Adoptionsachen,
- h) Rechtshilfesachen – 38 AR - Zivilsachen (Auslandsersuchen),
- i) die Aufgaben des Güterrichters nach § 278 Abs. 5 ZPO,
- j) Zwangsvollstreckungssachen M mit den Endziffern 6 bis 0.

Vertreter: Richterin am Amtsgericht Scheffer
hilfsweise zu b) bis j) Richterin am Amtsgericht Kaufmann

2. Richterin am Amtsgericht Scheffer (stellvertretende Direktorin)

- a) Familiensachen nach § 111 FamFG mit den Buchstaben F (Eingänge ab 01.01.2011), G, H (Eingänge bis 31.08.2015), I, J (Eingänge bis 31.08.2015), K bis N sowie O,P und Q (Eingänge bis 31.12.2017) und Adoptionssachen mit den Buchstaben A – Z,
- b) Zwangsvollstreckungssachen M mit den Endziffern 1 bis 5,
- c) Verwaltungssachen.

Vertreter: Direktorin des Amtsgerichts Clouth – Gräfin von Spee
zu a) hilfsweise Richterin am Amtsgericht Kaufmann

3. Richterin am Amtsgericht Kaiser - Hasebrink

- a) Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten (C, H, AR) soweit es sich um Mietstreitigkeiten handelt, mit den Buchstaben A – Z , soweit sie bis zum 31.12.2016 eingegangen sind,
- b) die eingehenden C-, H- AR-Sachen des Zivilprozessregisters soweit es sich um Mietsachen handelt, entsprechend der Vorschaltliste (Anlage 2) jeweils soweit sie nicht einem Sonderdezernenten zugeteilt sind,

Vertreter: Richter Petersen
hilfsweise Richterin am Amtsgericht Walther und Richter am Amtsgericht Hardt

4. Richterin am Amtsgericht Kaufmann

- a) Familiensachen nach § 111 FamFG mit den Buchstaben H und J (jeweils Eingänge ab 01.09.2015) sowie O, P, Q (Eingänge ab 01.11.2018) sowie R - Z – mit Ausnahme der Adoptionssachen,
- b) Sachen des Urkundsregisters (I,II) mit Ausnahme der Verfahren nach dem Polizeigesetz - Abt. 54 -.

Vertreter: Richterin am Amtsgericht Walther
hilfsweise Direktorin des Amtsgerichts Clouth – Gräfin von Spee und Richterin am Amtsgericht Scheffer

5. Richterin am Amtsgericht Glombitza

- a) Betreuungssachen (XVII des Familienrechtsregisters) mit den Buchstaben A, B, D, R, S, W bis Z,
- b) Unterbringungssachen nach PsychKG (XIV L) mit den Buchstaben A, B, D, R, S, W bis Z,
- c) Genehmigungen nach § 1906 BGB, die nicht unter Betreuungssachen fallen (X) mit den Buchstaben A,B, D, R, S, W bis Z

Vertreter: Richter Petersen
hilfsweise Richter am Amtsgericht Cardue und Richterin Dr. Wiggenhagen

6. Richter am Amtsgericht Hardt

- a) Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten - außer Mietstreitigkeiten - (C, H) mit den Buchstaben A, D, K, L, P, S, T bis X, soweit sie bis zum 31.12.2016 eingegangen sind,
- b) die eingehenden C-, H- AR-Sachen des Zivilprozessregisters – mit Ausnahme der Miet – und WEG Sachen - entsprechend der Vorschaltliste (Anlage 3) jeweils soweit sie nicht einem Sonderdezernenten zugeteilt sind,
- c) die eingehenden C-, H- AR-Sachen des Zivilprozessregisters soweit es sich um Miet-sachen handelt, entsprechend der Vorschaltliste (Anlage 2) jeweils soweit sie nicht einem Sonderdezernenten zugeteilt sind,
- d) die bis zum 31.12.2017 eingegangenen C-,H- und AR- Sachen der Abteilung 23 C mit den Endziffern 1 bis 4,
- e) Wohnungseigentumssachen ,
- f) Landwirtschaftssachen,
- g) Nachlasssachen.

Vertreter: Richter Dr. Wiggenhagen
 hilfsweise Richterin am Amtsgericht Glombitza und Richterin am Amtsgericht
 Kaiser - Hasebrink

7. Richterin am Amtsgericht Walther

- a) Sachen des Schöffengerichts einschließlich des erweiterten Schöffengerichts ,
- b) die Geschäfte der Vorsitzenden des Ausschusses zur Wahl der Schöffen sowie die Auslosung aller Schöffen.
- c) Ds- und Bs-Sachen mit den Buchstaben S – Z, soweit sich die Verfahren gegen Erwachsene richten ,
- d) ab dem 01.01.2015 gemäß § 354 Abs. 2, 1. Halbsatz StPO zurückverwiesene Sachen mit den Buchstaben A – R.

Vertreter: Richterin am Amtsgericht Kaufmann
 hilfsweise Richterin am Amtsgericht Scheffer

8. Richter am Amtsgericht Cardue

- a) die Geschäfte des Vorsitzenden des Jugendschöffengerichts ,
- b) die Geschäfte des Vorsitzenden des Ausschusses zur Wahl der Jugendschöffen sowie die Auslosung der Jugendschöffen,
- c) Anklagesachen Ds gegen Jugendliche und Heranwachsende sowie Strafbefehlssachen gegen Heranwachsende ,
- d) Richterliche Vernehmungen im Sinne von § 162 I S., 3 i.V.m. S. 1 StPO und Anträge nach § 81 Abs. 1 und 3, 141 Abs. 3 und 4, 153 Abs. 1, 153 a Abs. 1, 153 b Abs. 1 StPO, in den geraden Wochen,
- e) Rechtshilfesachen, soweit es sich um Strafsachen und Bußgeldsachen handelt, in allen Fällen auch als Jugendrichter in den geraden Wochen,
- f) Gs-Sachen, zugleich als Jugendermittlungsrichter, in den geraden Wochen,

- g) Freiheitsentziehungssachen aufgrund des Bundesgesetzes über das gerichtliche Verfahren bei Freiheitsentziehung (XIV/B) in den geraden Wochen sowie die nach dem PolG NW zu treffenden richterlichen Entscheidungen in den geraden Wochen ,
- h) die Geschäfte des zweiten Amtsrichters im erweiterten Schöffengericht,
- i) Bußgeldsachen (OWi) mit den Endziffern 3 bis 9, insoweit zugleich als Jugendrichter.

Vertreter: Richterin am Amtsgericht Rösner
hilfsweise Richterin am Amtsgericht Walther

9. Richterin am Amtsgericht Rösner

- a) Richterliche Vernehmungen im Sinne von § 162 I S., 3 i.V.m. S. 1 StPO und Anträge nach § 81 Abs. 1 und 3, 141 Abs. 3 und 4, 153 Abs. 1, 153 a Abs. 1, 153 b Abs. 1 StPO, in den ungeraden Wochen,
- b) Rechtshilfesachen, soweit es sich um Strafsachen und Bußgeldsachen handelt, in allen Fällen auch als Jugendrichter in den ungeraden Wochen,
- c) Gs-Sachen, zugleich als Jugendermittlungsrichter, in den ungeraden Wochen
- d) Freiheitsentziehungssachen aufgrund des Bundesgesetzes über das gerichtliche Verfahren bei Freiheitsentziehung (XIV/B) sowie die nach dem PolG NW zu treffenden richterlichen Entscheidungen in den ungeraden Wochen,
- e) Ds- und Bs-Sachen mit den Buchstaben A – R, soweit sich die Verfahren gegen Erwachsene richten,
- f) ab dem 01.01.2015 gemäß § 354 Abs. 2, 1. Halbsatz StPO zurückverwiesene Sachen mit den Buchstaben S – Z,
- g) Strafbefehlssachen (Cs) mit den Buchstaben A – Z, soweit es sich um Strafsachen gegen Erwachsene handelt.

Vertreter: Richter am Amtsgericht Cardue
hilfsweise Richter Petersen

10. Richterin Dr. Wiggenhagen

- a) Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten (C, H) – außer Mietstreitigkeiten - mit den Buchstaben B, C, E, F, G, H, I, J, M, N, O, Q, R, Y - Z , soweit sie bis zum 31.12.2016 eingegangen sind,
- b) die eingehenden C-, H- AR-Sachen des Zivilprozessregisters – mit Ausnahme der Miet – und WEG Sachen - entsprechend der Vorschaltliste (Anlage 3) jeweils soweit sie nicht einem Sonderdezernenten zugeteilt sind,
- c) die bis zum 31.12.2017 eingegangenen C-,H- und AR- Sachen der Abteilung 23 C mit den Endziffern 5 bis 0,

Vertreter: Richter am Amtsgericht Hardt
hilfsweise Richterin am Amtsgericht Rösner

11. Richter Petersen

- a) Betreuungssachen mit den Buchstaben C, E, F bis Q, und T bis V,
- b) Unterbringungssachen nach PsychKG) mit den Buchstaben C, E, F bis Q, und T bis V,
- c) Genehmigungen nach § 1906 BGB, die nicht unter Betreuungssachen fallen mit den Buchstaben C, E, F bis Q, und T bis V,
- d) Bußgeldsachen (OWi) mit den Endziffern 0, 1 und 2, insoweit zugleich als Jugendrichter.

Vertreter: zu a) bis c) Richterin am Amtsgericht Glombitza
hilfsweise Richter am Amtsgericht Cardue und Richterin Dr. Wiggenhagen,
zu d) Richterin am Amtsgericht Kaiser – Hasebrink
hilfsweise Richter am Amtsgericht Hardt

Schwelm, 18. Dezember 2017
Das Präsidium des Amtsgerichts

Clouth – Gräfin von Spee

Kaiser – Hasebrink

Walther

Hardt

Kaufmann